

Ergebnis der eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984 : Initiativen zur Energiepolitik : zweimal Nein

Autor(en): **Franzoni, Isabella**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **11 (1984)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Initiativen zur Energiepolitik: zweimal Nein

Volk und Stände haben am vergangenen 23. September zwei Volksinitiativen verworfen. Die Klarheit dieses Entscheids ist innerhalb der Diskussion um die Zukunft unserer Energiepolitik sicherlich als positiv zu bewerten. Die Volksinitiative «für eine Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke» (Anti-Atom-Initiative) wollte den Bau neuer Kernkraftwerke und den Ersatz der fünf bereits bestehenden Kernkraftwerke (Beznau 1 und 2, Mühleberg, Gösgen und Leibstadt) verbieten. Die Initianten – etwa fünfzig Umweltschutzorganisationen unter dem Patronat der schweizerischen Energiestiftung – brachten zur Unterstützung ihrer Initiative unter anderem die folgenden Argumente vor: die Kernenergie sei nicht wirtschaftlich, neue Kernkraftwerke seien überflüssig, die Frage der Entsorgung radioaktiver Abfälle sei noch nicht befriedigend gelöst. Die von den gleichen Organisationen eingereichte Volksinitiative «für eine sichere, sparsame und

umweltgerechte Energieversorgung» verlangte eine ganze Reihe von Massnahmen, um Energie zu sparen, die erneuerbaren einheimischen Energiequellen zu fördern und neue grosstechnologische Anlagen zu vermeiden. Zur Finanzierung dieser Massnahmen war eine Energiesteuer auf Brennstoffen, Öl, Kohle, Gas und Elektrizität vorgesehen.

Bundesrat und Parlament hatten beide Initiativen mit Blick auf eine genügende zukünftige Energieversorgung unseres Landes abgelehnt; die Energiepolitik von Bund und Kantonen wäre grundlegend geändert worden, die Situation auf dem Arbeitsmarkt hätte sich verschlechtert, die Sicherheit der Energieversorgung unseres Landes hätte gelitten und aussergewöhnlich weitgehende Eingriffe des Staates wären unvermeidlich gewesen. Kurz gesagt, die Initiativen schossen über das Ziel hinaus.

Ergebnisse

Die Wählerinnen und Wähler sind

den Empfehlungen von Regierung und Parlament gefolgt.

Die beiden Vorlagen wurden von 55% (931 287 Nein gegen 761 524 Ja: Atominitiative) bzw. 54,2% (916 384 Nein gegen 773 727 Ja: Energieinitiative) der stimmenden Bürger verworfen, während sich in beiden Fällen gleichlautend 15 Kantone und 4 Halbkantone ablehnend und lediglich 5 Kantone und 2 Halbkantone zustimmend äusserten.

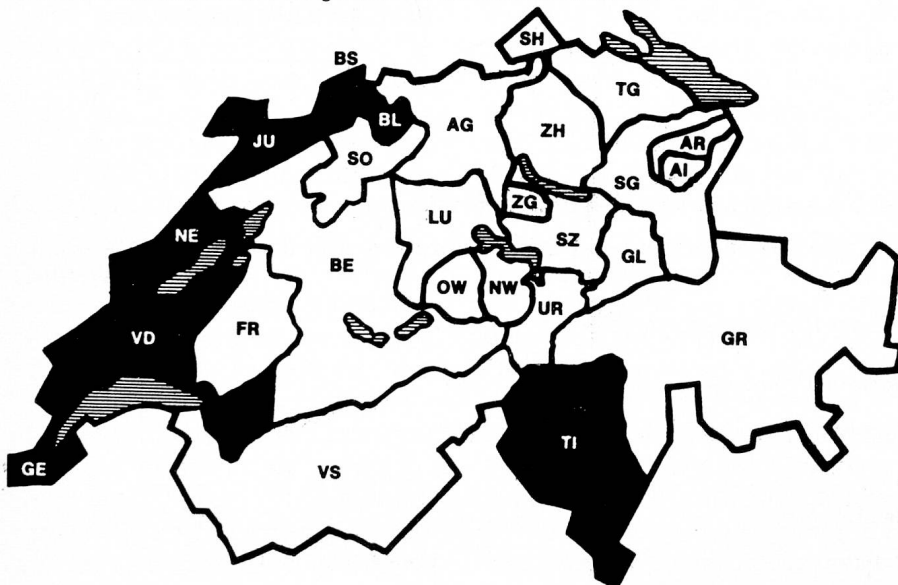
Die Klarheit der Voten ist äusserst interessant: alle Kantone haben entweder zweimal Ja oder zweimal Nein gestimmt. Es zeigen sich also in den einzelnen Kantonen deutliche Mehrheiten für oder gegen die Kernenergie.

Die Stimmbeteiligung betrug 41,2%. Schon zum vierten Mal innert fünf Jahren hatten sich die Schweizer zu diesem Thema zu äussern: Verwerfung eines Energieartikels der Verfassung im Februar 1983, Annahme der Revision des Atomgesetzes im Mai 1979, Verwerfung einer Anti-Atominitiative im Februar 1979.

Unter den Zustimmenden befinden sich vier Westschweizer Kantone, Genf, Jura, Waadt und Neuchâtel. Abgesehen von der Westschweiz haben die Kantone Tessin sowie Basel-Stadt und Basel-Land zugestimmt, diese beiden Halbkantone mit ganz besonders deutlichen Resultaten. Ablehnende Mehrheiten fanden sich im vergangenen September in den gleichen Kantonen wie im Jahre 1979. Drei Kantone (Uri, Fribourg und Graubünden) haben allerdings inzwischen das Lager der Kernkraftgegner verlassen.

Bemerkenswert ist ausserdem die Klarheit des Ergebnisses in den deutschsprachigen Kantonen. Die

Atom- und Energie-Initiative: 15 Kantone und 4 Halbkantone haben verworfen; 5 Kantone und 2 Halbkantone haben angenommen (im Schema schwarz).



Ablehnung beträgt hier überall wenigstens 55% der Stimmen. Allen voran steht hier der Kanton Aargau mit zirka 70% Nein-Stimmen, der Kanton, welcher mehr Kernkraftwerke beherbergt als alle anderen, nämlich drei.

Im Bereich der Energie führt der Bund heute eine Politik, welche auf die Begrenzung des Energiekonsums abzielt und sich ganz besonders gegen die Verschwendung wendet, ohne jedoch dem Dirigismus anheimzufallen. Eine Annahme der Initiativen hätte zu einer Verknappung der Elektrizität und damit unweigerlich zu starken Eingriffen des Staates geführt.



Frage 6:
In welcher Kantonshauptstadt kann man diese Renaissancekirche bewundern?



Ferien in der Schweiz – Sommer 1985

Auch im nächsten Sommer offerieren die Stiftung für junge Auslandschweizer und Pro Juventute wieder die Möglichkeit für einen Schweizeraufenthalt.

- Teilnahmeberechtigt sind:
- Kinder schweizerischer Nationalität
 - Kinder anderer Nationalität, deren Mütter gebürtige Schweizerinnen sind
- Teilnahmealter: 7–15 Jahre
- Ferienmöglichkeiten:
- in Schweizer Familien
 - in von uns an verschiedenen Orten in der Schweiz organisierten Ferienkolonien (für Kinder ab 10 Jahren, deren Eltern die Kosten ganz oder teilweise übernehmen können)
 - in Schweizer Kinderheimen (für Kinder von 7–10 Jahren)

Weitere Auskünfte sowie auch Anmeldeformulare sind bei den Schweizerischen Auslandvertretungen erhältlich. Anmeldeschluss ist Ende März 1985.

Alle Anmeldungen müssen über die zuständigen Schweizerischen Auslandvertretungen eingereicht werden. Wir freuen uns auf zahlreiche Beteiligung.

Ein Schweizer im Ausland soll nicht zum Ausländer in der Schweiz werden.

Auf dem laufenden bleiben über alles, was in der Schweiz läuft – dazu brauchen Sie die heimatliche Stimme, die hilft, dass einem Schweizer in der Fremde die Schweiz nicht fremd wird: die Tages-Anzeiger-Fernaussgabe.

Auf 16 Dünndruckseiten ist sie ein Querschnitt durch eine volle Tages-Anzeiger-Woche, durch das ganze Spektrum von der Politik bis zum Sport.

Bestellen Sie das kostengünstige Abonnement oder lassen Sie sich zunächst 4 Ausgaben gratis zum Kennenlernen schicken.

Ich abonniere die Tages-Anzeiger Fernausgabe.

Gewünschte Zustellart:

Luftpost gewöhnliche Post

Gewünschte Zahlungsweise:

jährlich halbjährlich

vierteljährlich

Die ersten 4 Ausgaben sind gratis.

Ich möchte die Tages-Anzeiger-Fernaussgabe kennenlernen. Schicken Sie mir 4 Ausgaben gratis.

Zustell-Adresse:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Land: _____

Abonnementsrechnung an:

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Coupon einsenden an: Tages-Anzeiger
Vertrieb/Verkauf, Postfach, CH-8021 Zürich

Die Preise der Tages-Anzeiger-Fernaussgabe in Schweizer Franken

Gewöhnliche Postzustellung	3 Monate	6 Monate	12 Monate
BRD, Dänemark, Finnland, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Zypern	22.20	43.60	85.60
Übrige Länder	24.70	48.50	95.40
Luftpostzustellung			
Europa und Mittelmeerländer, Spanisch			
Westafrika	24.–	47.30	92.80
Übrige Länder	26.70	52.40	103.40

Tages-Anzeiger
FERNAUSSGABE